

NACHRICHTEN

17 US-Großbanken bestehen Stresstest

Die großen US-Banken sind dank dickerer Kapitalpolster wesentlich besser gegen künftige Finanzkrisen gerüstet. Dies ist das Ergebnis eines Stresstests der Notenbank Federal Reserve (Fed). Danach haben 17 der 18 wichtigsten Geldhäuser des Landes den Härtestest bestanden. „Die größten US-Banken verfügen über eine viel stärkere Kapitalausstattung als vor der Finanzkrise“, bilanzierte die Fed. Nur das teilverstaatlichte Institut Ally Financial fiel durch. (Reuters)

Deutsche Produktion stagniert im Januar

Die Produktion in Deutschland stagniert zu Jahresbeginn und dämpft Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr zu mehr Wachstum. Die Firmen traten bei der Fertigung im Januar im Vergleich zum Vormonat auf der Stelle, wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte. Die mauren Daten des produzierenden Gewerbes machen den Fehlstart ins Jahr komplett, nachdem den Industriefirmen schon die Aufträge weggebrochen waren. Die konjunkturelle Erholung dürfte somit schleppender in Gang kommen als erhofft. (Reuters)

3 200 Euro Bonus für Daimler-Beschäftigte

Rund 130 000 Tarifbeschäftigte beim Autobauer Daimler dürften sich diesmal über 3 200 Euro Erfolgsbonus freuen. Das Geld fließt mit dem Aprilgehalt als Ergebnisbeteiligung für das vergangene Jahr, wie der Dax-Konzern am Freitag in Stuttgart mitteilte. Es handele sich um die dritthöchste Prämie seit Einführung der Belohnung 1997. Vor einem Jahr hatte Daimler mit 4 100 Euro rückwirkend für sein Rekordjahr 2011 auch die Tarifbeschäftigten mit dem bisherigen Bestwert belohnt. 2007 hatte es knapp 4 000 Euro gegeben. (dpa)

HEIZÖLPREISE



Table with 3 columns: Abnahme, 06.03.2013, 27.02.2013. Rows list price changes for different quantities of heating oil (1500L to 15000L) and include a note about VAT and delivery costs.

Dieter Sauer zeichnet ein pessimistisches Bild von der deutschen Arbeitswelt: Die Anforderungen an die Beschäftigten verschärften sich permanent, die Angst vor dem Jobverlust steige, Boom und Krise seien nicht mehr auseinanderzuhalten. Gleichzeitig warnt der Sozialforscher davor, das Kritikpotenzial der Menschen zu unterschätzen: Die Arbeitnehmer hätten Protestfantasien und träumten von Kämpfen wie in Frankreich.

Herr Professor Sauer, glaubt man den gesamtwirtschaftlichen Daten, geht es den Deutschen gut. Trotz Finanz- und Euro-Krise wächst die Wirtschaft seit Jahren. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Erwerbstätigkeit liegt auf Rekordniveau. Ist die große Krise überhaupt je in den deutschen Betrieben angekommen?

Zu Beginn der Finanzkrise 2009 schon, da gab es in vielen Betrieben einen Rückgang der Produktion und verkürzte Arbeitszeiten. Die Beschäftigten haben damals auch ihren Preis für die Krisenbewältigung bezahlt. Dem folgte aber schon bald ein konjunktureller Aufschwung. Und heute scheint das alles vorüber zu sein. Manche Beschäftigten scheinen sich an ihre Krisenängste kaum noch zu erinnern. Die große Krise wurde nicht als lebensgeschichtlicher Einschnitt erfahren. Ganz anders als zum Beispiel in Südeuropa.

Ohne Krisenangst müssten die Belegschaften in den deutschen Betrieben also glücklich sein.

Glücklicher vielleicht als in anderen Ländern. Aber nicht glücklich. Zwar ist die deutsche Wirtschaft gut durch die vergangenen Jahre gekommen. In den Betrieben sehen die Belegschaften aber eine andere Krise: die permanente Krise. Damit gemeint ist die beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb: Verlagerungen, Outsourcing, Betriebsschließungen, Kostensenkungsprogramme, Leistungsverdichtung und so weiter. Daraus erwächst ständige Unsicherheit. Für viele Beschäftigte ist dies ein Dauerzustand. Für sie gilt: „Krise ist immer“.

Die Unternehmen haben aber doch schon immer ihre Abläufe optimiert, um Marktanteile zu halten oder zu expandieren?

Hier hat es einen fundamentalen Wandel gegeben. Noch in den 70er- und 80er-Jahren gab es in den Betrieben immer mal wieder Rationalisierungen, Abläufe änderten sich. Aber dann war wieder Ruhe. Seit den 90er-Jahren jedoch läuft der Umstrukturierungsprozess ohne Pause. Die Drohung mit Produktionsverlagerung ist schon Alltag. Für die Beschäftigten folgen daraus zunehmende Zukunftsängste. Selbst wenn das Unternehmen floriert, bringt ihnen das nicht automatisch Sicherheit. Vorgänge wie die Verlagerung von Produktionsstätten sind ja ohnehin kein Krisenphänomen, sondern finden eher statt, wenn es Unternehmen gut geht. Verlagerungen kosten schließlich viel Geld.

Viele Betriebe sind gezwungen, Produktion zu verlagern, um Kosten zu sparen und im Wettbewerb zu bestehen ...

Klar, es gibt ökonomische Zwänge. Aber die Betriebe haben

oft eine gute Auftragslage, trotzdem wird bei den Beschäftigten gespart. Offensichtlich handelt es sich hier um Interessenfragen und nicht einfach um ökonomische Zwänge. Inzwischen wird jede betriebliche Forderung der Belegschaft mit dem Verweis auf den Weltmarkt beantwortet.

Sie sprechen von Zukunftsängsten. Angesichts der gesunkenen Arbeitslosigkeit müssten die Beschäftigten doch nicht so viel Angst um ihre Arbeitsplätze haben?

Es stimmt, das Gefühl der Arbeitsplatzgefährdung hat abgenommen. Zugenommen hat dagegen, was wir Arbeitskraftgefährdung nennen: Die Beschäftigten fürchten vermehrt, den Leistungsanforderungen nicht mehr zu genügen. Denn diese Anforderungen verschärfen sich permanent, ob Krise oder Aufschwung, ob im Exportsektor oder im Pflegebereich. Taktzeiten werden verkürzt, Stellen gestrichen, immer mehr muss in derselben Zeit erledigt werden. Im Krankenhaus heißt das zum Beispiel: immer weniger Personal pro Patient. Boom und Krise sind immer schwerer voneinander zu unterscheiden. Und die Beschäftigten gehen auch davon aus, dass das so bleibt. Die Zukunft wird pessimistisch gesehen: Kaum jemand geht davon aus, dass es seine Kinder einmal besser haben werden.

Krisenzeiten sind eigentlich Protestzeiten. In vielen Ländern kommt es zu Streiks und Demonstrationen. In Deutschland aber herrscht Ruhe. Das ist doch ein Zeichen für Zufriedenheit?

Zum einen sind die Leute sehr pessimistisch, was die künftige Stabilität des Gesamtsystems angeht. Zum anderen sind sie relativ optimistisch bezüglich ihres persönlichen Lebens und ihrer eigenen Zukunft. Sie vertrauen auf die eigenen Fähigkeiten und Netzwerke oder auf ihre Ersparnisse. Die Leute denken: Das Gesamtsystem kann ich nicht kontrollieren, mein Leben aber schon. Ich schaffe das schon. Außerdem erleben sie den Druck und die Gefährdung am Arbeitsplatz wie gesagt als Dauerzustand. Daraus entwickelt sich eine gewisse Routine. Krise ist nichts Besonderes mehr.

Gewöhnt man sich an Krisen?

Es gibt schon mittlerweile Beschäftigte, die seit Jahrzehnten in ungesicherten Verhältnissen arbeiten, zum Beispiel bei den Autozulieferern. Dort hat man eine Art Kompetenz erworben, mit unsicheren Situationen umzugehen. Und vielfach wird auch die Erfahrung gemacht, dass man Krisen am Ende meistert. Daraus folgt allerdings auch: Das Ende der Euro-Krise führt nicht zu einem Ende des Krisenbewusstseins. Das Krisenbewusstsein ist eindeutig weniger schwankungsanfällig als die Finanzmärkte.

Das Krisenbewusstsein führt aber nicht zu Protest oder Widerstand.

Das nicht. Was wir in den Betrieben aber finden, ist ein Gefühl der Ohnmacht und der Wut. Die Wütenden wissen aber gar nicht mehr so richtig, gegen wen sie sich wenden sollen. Wir nennen das „adressatenlose Wut“. Die Leute haben Protestfantasien, träumen von Kämpfen wie in Frankreich nach dem Muster: Man müsste



„Krise ist immer“

Sozialforscher Dieter Sauer über die ständig drohende Produktionsverlagerung, „adressatenlose Wut“ bei Beschäftigten und den Verlust des Vertrauens in die Politik

ZUR PERSON

Dieter Sauer (68) ist Sozialforscher und Vorstand des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München. Sauer lehrt Soziologie an der Uni Jena. Zusammen mit Kollegen hat Sauer bereits im Jahr 2010 Betriebsräte und Vertrauensleute aus der Metall-, Textil- und Autozulieferbranchen nach ihren Krisenerfahrungen befragt. 2012 wiederholte er die Befragung vor dem Hintergrund der Eurokrise, dieses Mal auch mit Beschäftigten aus Krankenhäusern.

auch mal Autoreifen anzünden, um auf sich aufmerksam zu machen. Da schlummert ein latentes Kritikpotenzial, das nicht zu unterschätzen ist.

Warum fehlt der Wut der Adressat?

Die Schuld an der Krise wird nicht dem eigenen Betrieb, dem Management oder dem Werksleiter gegeben. Die jüngste Krise ging von den Finanzmärkten aus. Aber wo sind die? Die Finanzmärkte erscheinen als eine virtuelle Welt, die weit von Betrieb, Produktion und Erfahrungswelt der Menschen entfernt ist. Die Finanzkrise ist irgendwo da draußen. Das lässt die Sphäre von Wirtschaft und Krise noch mysteriöser erscheinen. Und das fördert ein Gefühl der Ohnmacht. Die Menschen fühlen sich von der Komplexität der Probleme überfordert. Die große Mehrheit hat nicht das Gefühl, irgendeinen Einfluss auf das Handeln der Regierung zu haben. Es ist erschütternd zu sehen, wie wenig Vertrauen die Menschen in die Politik haben.

Aber es sieht doch so aus, als habe die Bundesregierung die Krisen erfolgreich bekämpft. Sie hat Banken gerettet, den Euro gerettet und Deutschland durch die globalen Stürme gesteuert. Hat das nicht das Vertrauen in die Politik gestärkt?

Zum einen werden die Interventionen des Staates in der Krise wie Abwrackprämie oder Kurzarbeit durchaus gelobt. Gleichzeitig aber herrscht der Eindruck vor, die politischen Repräsentanten seien angesichts der ökonomischen Machtverhältnisse ohnmächtig. Zudem wird der Staat als von mächtigen Interessengruppen gekapertes Gebilde gesehen. Er gilt nicht mehr als „unser Staat“, sondern als „Staat der anderen“. Dieser Staat hat die Krise zwar nicht verursacht, aber er kann sie auch nicht bewältigen, die Finanzmärkte zum Beispiel hart regulieren. Denn es herrscht das Primat der Ökonomie und nicht das Primat der Politik.

Das Institut für Demoskopie Allensbach kommt zu anderen Schlüssen. Laut Meinungsumfragen hat der „wirtschaftliche Aufschwung das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft wiederhergestellt und den Rückhalt für das System gestärkt, der zuvor beunruhigend erodiert war“.

Das ist zu allgemein formuliert und widerspricht unseren Befragungsergebnissen. In den vergangenen Jahren haben die Beschäftigten sehr differenzierte Krisenerfahrungen gesammelt. Sie sehen: Der Gesamtwirtschaft kann es schlecht gehen und dem Betrieb gut. Und dem Betrieb kann es gut gehen und der Belegschaft schlecht. Außerdem merken die Beschäftigten: Mit der Krise wird auch Politik gemacht. Mal wird die Lage schwarzgemalt, um Einsparungen zu begründen. Mal wird der ökonomische Erfolg Deutschlands hervorgehoben, um die deutsche Wirtschaftspolitik zu loben. Krise wird eben auch inszeniert, sie ist nicht einfach ein ökonomischer Fakt. Kurz: Die beunruhigende Erosion des Vertrauens in das ökonomische und politische System scheint anzudauern.

Das Gespräch führte Stefan Kaufmann.

Smartphone-Streit vor Münchner Gericht

Microsoft klagt gegen Google Maps

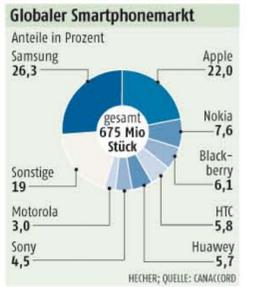
Von Thomas Magenheim

MÜNCHEN. Die Auseinandersetzung um Smartphone-Technologie wird weltweit vor Gerichten ausgefochten – nun läuft in München ein Verfahren, das dem Web-Giganten Google eine Menge Ärger bringen könnte. Konkurrent Microsoft klagt – und will den erfolgreichsten digitalen Kartendienst der Welt, Google Maps, abschalten. „Wir neigen der Klägeransicht zu“, betonte Richter Matthias Zigann bei einer von der Justiz als „Höhepunkt des Smartphone-Kriegs“ titulierten Verhandlungsrunde vor dem Landgericht.

Kläger ist Microsoft. Gegenstand ist das mutmaßlich von Google Maps und Motorola verletzte Schutzrecht EP0845124. Dabei geht es unter anderem um eine Technologie zum Austausch von Nachrichten zwischen Mobilfunk-Geräten. „Es ist kein Trivialpatent“, sagte Richter Zigann zum mutmaßlich verletzten Schutzrecht. Die Materie sei kompliziert und vor Gericht ohne Beispiel.

Patentstreits sind unter Technologieriesen keine Seltenheit, dieser aber ist von besonderer Brisanz. Wenn das für Mai erwartete Urteil gesprochen ist und Microsoft siegt, könnte der Softwareriese nicht nur den Verkauf von Motorola-Handys verbieten, sondern auch ein Abschalten des Kartendienstes Google Maps in Deutschland verlangen. „Google müsste den Dienst einstellen“, warnte ein Anwalt des Konzerns vor dem Münchner Gericht und kritisierte das als unverhältnismäßig. Die Äußerungen von Richter Zigann seien „an jedem Punkt zu unserem Nachteil“, räumte er ein.

Branchenkenner wie der Patentexperte Florian Müller rechnen aber auch bei einer Niederlage von Google nicht mit einer Radikallösung und der Abschaltung des Kartendienstes. Google werde



eher in den sauren Apfel beißen und sich per Lizenzgebühr mit Microsoft vergleichen.

Ein solcher Vergleich zeichne sich aber nicht ab, warnte ein Microsoft-Anwalt. Man streite sich nun schon seit zwei Jahren, ohne jede Bewegung. Microsoft sei bereit, Ernst zu machen. „Wir haben eine globale Auseinandersetzung“, stellte er klar.

Handy-Hersteller wie Samsung, HTC oder LG haben es nicht auf eine Klage ankommen lassen. Sie bezahlen Lizenzgebühren von fünf bis 15 Dollar je Gerät, wird von Analysten geschätzt. Offiziell ist die Höhe der Gebühr für Geräte mit Android-Betriebssystem ein Firmengeheimnis. Allein bei Google geht es laut Experten insgesamt um eine dreistellige Millionensumme.

Tochter Motorola weigert sich bislang hartnäckig, an Microsoft eine Lizenz zu zahlen und wird dabei von der Mutter unterstützt. Würde der Suchmaschinenriese nun wegen der in Deutschland drohenden Abschaltung des Kartendienstes dazu gezwungen, sei das ein Dammbbruch, sagte Müller. Niemand würde sich in dieser Frage dann noch gegen den Softwareriesen stellen. Aber: Das strittige Microsoft-Patent läuft in zwei Jahren ab. Dann werden die Karten ohnehin neu gemischt.

Handicap am Arbeitsmarkt

Schwerbehinderte haben es nicht leicht bei der Jobsuche

Von Bernd Salzmann

FRANKFURT. Bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten besteht in der Rhein-Main-Region erheblicher Nachholbedarf. Nur knapp 15 Prozent aller Betriebe beschäftigen mindestens einen Schwerbehinderten. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur, die am Freitag gemeinsam mit der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht wurde.

Frank Martin, Chef der Regionaldirektion, bezeichnet die hohe Zahl an schwerbehinderten Arbeitslosen – 7600 im Regierungsbezirk Darmstadt und 13 000 in Gesamt-Hessen – als ernüchternd. „Die geringen Fortschritte bei der Reduktion dieser Zahl sind sowohl vor dem sozialpolitischen Hintergrund des Inklusionsgedankens, als auch vor den demo-

grafisch bedingten ökonomischen Herausforderungen der Zukunft unbefriedigend“, sagt er.

Dabei sind viele Schwerbehinderte gut ausgebildet. Mehr als 72 Prozent verfügen über eine Berufsausbildung, 15 Prozent sogar über einen Hochschulabschluss. Und auch an finanziellen Möglichkeiten zur Unterstützung von Betrieben mangelt es nicht. In Hessen stehen dafür in diesem Jahr 187 Millionen Euro bereit, berichtet Martin.

Trotz dieser guten Voraussetzungen zahlen 42 Prozent aller Betriebe mit 20 bis 249 Beschäftigten lieber eine Ausgleichsabgabe als Schwerbehinderte einzustellen. Private und öffentliche Arbeitgeber, die über mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen, sind von Gesetzes wegen verpflichtet, mindestens fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit einem Schwerbehinderten zu besetzen.